

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Antrag der Abgeordneten Duve, Bindig, Brück, Klose, Frau Huber, Neumann (Bramsche), Verheugen, Voigt (Frankfurt), Waltemathe, Wischnewski, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/5973 —

13 Jahre Diktatur in Chile

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 10/5973 – erhält folgende Fassung:

„Nach 13 Jahren Militärdiktatur wird das chilenische Volk erneut durch verschärfte Repression, Folter und Mord heimgesucht. Die Szenen dieser Tage erinnern an die Verfolgung nach dem 11. September 1973.

Der Diktator Augusto Pinochet mißbraucht das gescheiterte Attentat zu einer Art zweiten Staatsstreich. Die Verhängung des Belagerungszustandes, das Verbot von Zeitschriften, die Verhaftung von Priestern, die Festnahme und die Ermordung von Oppositionellen sollen dem Regime helfen, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, die es selbst geschaffen hat: Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Elend in den Poblaciones, den Armenvierteln Chiles, sowie wachsende Empörung, Wut und Auflehnung des chilenischen Volkes gegen das Militärregime.

Die selbsternannten Retter vor „Marxismus“ oder „Kommunismus“ bleiben was sie waren: Unterdrücker und Mörder. Die Militärdiktatur zeigt wieder einmal ihr wahres häßliches Gesicht.

Der Deutsche Bundestag beschließt:

Der Deutsche Bundestag verurteilt den erneuten Belagerungszustand und die gezielte und vorgeplante Repression der Militärdiktatur gegen die Kräfte der Demokratie. Er fordert:

- den Rücktritt Pinochets,
- die Aufhebung des Belagerungszustandes,

- die sofortige Beendigung der Repressionsmaßnahmen, insbesondere die Auflösung und Bestrafung der paralegalen Todeskommandos,
- die Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte,
- die Wiederherstellung von Bedingungen, unter denen die chilenische Opposition sich formieren und artikulieren kann.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß den politisch verfolgten chilenischen Flüchtlingen das grundrechtlich verbürgte Asylrecht zusteht. Er erwartet von unseren diplomatischen Vertretungen, daß sie nach diesem Grundsatz handeln.

Nachdem die Bürger Argentinien, Uruguays, Haitis und der Philippinen die demokratischen Rechte wiedererlangt haben, fühlt sich der Deutsche Bundestag im Hinblick auf die Wiederherstellung der Demokratie in Chile in besonderer Weise verpflichtet. Deshalb besteht er auf der unbehinderten in Kürze beabsichtigten Einreise einer internationalen Parlamentarierdelegation nach Chile. Dasselbe gilt für die unbehinderte Aus- und Rückreise chilenischer Politiker von und nach Chile.

Der Deutsche Bundestag sichert den demokratischen Kräften in Chile seine Solidarität und Unterstützung in ihrem Kampf für die Demokratie zu.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Chile beizutragen,
- das Militärregime in Chile international zu isolieren,
- alles zu unterlassen, was als politische, moralische oder finanzielle Unterstützung des Militärregimes mißdeutet werden könnte,
- auf die Regierungen aller westlichen Industriestaaten einzuwirken, daß sie dem Militärregime in Chile keinerlei politische, moralische oder finanzielle Unterstützung leisten,
- sich für einen gemeinsamen Aktionsplan des Westens gegen die chilenische Militärdiktatur einzusetzen.

Einem Chile mit wiederhergestellter Demokratie sichert der Deutsche Bundestag die freundschaftliche Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland zu.

Bonn, den 23. September 1986

Dr. Vogel und Fraktion